

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 50 (1951)

**Artikel:** Der Friede von Basel : I. Teil  
**Autor:** [s.n.]  
**Kapitel:** 3: Die Fortsetzung der Basler Gespräche durch Meyerinck  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-116375>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Möllendorff und der Prinz zu einem gemeinsamen Siege gelangten, der in der Absicht oder wenigstens nach den Vorspiegelungen aller auch im Interesse des Reiches errungen werden sollte. Damit brachte der Monarch seine innersten Empfindungen, die der Heiligkeit unterschriebener Verträge gehörten, dem Staate zum Opfer, das ihm freilich durch die Aussicht erleichtert wurde, den Verbündeten oder wenigstens dem Reiche den Frieden zu vermitteln<sup>117</sup>. Als er die Gefahr, sich in ein Ghetto zu begeben, zerrinnen sah, schlug er zu – nach langem, inneren Kampf, wie die Zeugnisse beweisen. Die Verantwortung lag allein bei ihm. Unter Ausschaltung seiner Minister hat er nach jenem 25. Oktober in persönlicher Entscheidung den Major von Meyerinck zur Entgegennahme seiner Weisungen für die Basler Verhandlungen unmittelbar an den Feldmarschall verwiesen. Dieser sollte an Ort und Stelle alle weiteren Maßnahmen für die ersten Verhandlungen treffen. Denn er besaß das Vertrauen seines Herrn und schien über alle Fragen, die sich ergeben konnten, am besten unterrichtet zu sein.

### Drittes Kapitel

#### *Die Fortsetzung der Basler Gespräche durch Meyerinck*

Nach dem Empfang Meyerincks und des Prinzen Heinrich hatte es den Anschein, als sei der Träger der Krone endgültig bereit, sich mit der Republik zu verständigen. Der Gedanke, über eine separate Regelung für seine Monarchie hinausgehend auch dem Reich und den Verbündeten den Frieden wiedergeben zu können, hatte seine Bedenken offenbar weitgehend zerstreut. Jetzt schien er für den Frieden gewonnen. Prinz Heinrich war voller Hoffnung, als er am 29. Oktober seine bereits erwähnte Denkschrift dem König zugehen ließ. «Ich muß Ihnen sagen», schrieb er am 1. November seinem Bruder Ferdinand im tiefsten Geheimnis, «daß eine Denkschrift, die ich abgesandt habe, den größten Erfolg hatte, und daß man mir verspricht, sie wörtlich zu befolgen. Morgen früh schicke ich eine zweite ab. Es bleibt abzuwarten, ob man seine Versprechungen halten und ob man auch von der anderen Seite sich auf die

<sup>117</sup> Vgl. auch Thugut an Cobenzl, Wien, 13. 11. 1794: Preußen führe nicht nur eigene Verhandlungen mit dem Feind, es strebe auch einen allgemeinen Frieden an, indem es durch allerlei Schliche das Reich aufstachle, den Kaiser um eine Verhandlung mit Frankreich zu ersuchen. (Vivenot, Thugut und s. polit. System, Archiv f. österr. Gesch., Bd. 42, S. 409; E. Schwarz, Rechtsrheinisch Nassau, S. 9 f.).

Sache einlassen wird<sup>118</sup>. Es scheint, daß das hier angekündigte Schriftstück (vom 2. November) und ein ihm bereits am 6. November folgendes Memorandum, die beide wiederum durch Struensees Vermittlung an den König gelangt sind, ihren Eindruck nicht verfehlten<sup>119</sup>. Über das erste meldete Struensee, daß es den vollkommensten Beifall des Königs gefunden habe, und den Empfang des zweiten bestätigte Friedrich Wilhelm in einem gnädigen Schreiben des Inhalts, daß er es wie die vorhergehenden aufmerksam gelesen habe, doch fügte er auch vielsagend hinzu, wie sehr bedauerlich es sei, daß es so viele Hindernisse gebe, die den besten und heilsamsten Absichten im Wege stünden. Hinter dieser letzten Bemerkung verbirgt sich wohl nichts anderes als der geheime Wunsch, die getroffene Entscheidung noch einmal zu überprüfen. Er mochte seine Gründe für ein vorsichtiges Lavieren haben. Gerüchte wollten von bevorstehenden günstigen Subsidienangeboten Englands wissen<sup>120</sup>, und zuverlässige Nachrichten aus Paris besagten, daß Frankreich nach wie vor von dem Willen nach einem glorreichen Frieden auf der Grundlage der Erwerbung der Rheingrenze beseelt war – Nachrichten, die durch das unaufhaltsame Vorgehen Pichegrus in Holland, durch den Druck auf den Raum von Köln, Bonn, Koblenz, Mainz und Mannheim und die schonungslose Behandlung der besetzten Gebiete bestätigt wurden.

Da traf in Berlin die Kunde von der Erstürmung Warschaws durch Suworow ein. Die polnische Gefahr schien jetzt plötzlich gebannt. Mit einem Schlage ward vergessen, daß der König eben noch bei den Petersburger Teilungsverhandlungen durch den Anspruch auf die Palatinate Krakau und Sendomir einem Bruch mit den beiden Kaiserhöfen bedenklich nahe gewesen war. Es interessierten den König nun nicht mehr die jüngsten schriftlichen Vorstellungen des Prinzen Heinrich, die darauf hinausliefen, daß der Friede von Tag zu Tag schwieriger zu erlangen sei und die Fortsetzung des Krieges den völligen Ruin der Finanzen bedeute, der auch durch weitere Subsidien dann nicht zu vermeiden sei<sup>121</sup>. Jetzt sah der Monarch vielmehr noch einmal eine Möglichkeit, sich den Verbündeten wieder anzuschließen, zumal sicheren Nachrichten zufolge einzelne

<sup>118</sup> Krauel, Prinz Heinrich, 77.

<sup>119</sup> Krauel, a. a. O., 77, 78, 198 ff., 201 ff.

<sup>120</sup> Vgl. Göckingk an Benzler (I. II. 1794): «Da England einen neuen, noch vorteilhafteren Subsidienvertrag angeboten hat, so verschwindet die halbe Hoffnung wieder, daß unsere Armee vom Rheine zurückgenommen werde.» (Pröhle, 41.)

<sup>121</sup> Krauel, 78; Ranke, V, 46 ff. Hier auch der Briefwechsel zwischen Heinrich und Haugwitz. Finckenstein und Alvensleben wurden von diesen Unterredungen zwischen Haugwitz und dem Prinzen nicht unterrichtet.

Reichsstände bereit waren, sich an den Kosten für den Unterhalt der preußischen Armee am Rhein zu beteiligen. Augenblicklich wieder kriegerisch gesinnt, befahl er spontan und ohne seine Minister zu befragen, dem inzwischen bis in die Nähe von Fulda gelangten Hohenlohe, Halt zu machen und sein Korps wieder an den Rhein zurückzuführen <sup>122</sup>.

Diese Weisung brauchte zwar noch nicht eine Wiederaufnahme des Kampfes zu bedeuten, aber es konnten diesem Schritt bald weitere folgen, um die Entwicklung am Rhein wieder in die alte Bahn des gemeinsamen Kampfes zu drängen. In der Tat traf der König Vorbereitungen, um zunächst einmal alle ferneren Absichten finanziell zu sichern. Er billigte einen Vorschlag der Finanzkommission auf Ausschreibung einer inländischen Anleihe in Scheidemünzen und auf Ausprägung von Kreuzern und Groschen und ließ beim Landgrafen von Hessen-Kassel wegen eines Darlehens sondieren <sup>123</sup>. Allein die Ergebnisse dieser Versuche, Geld zu beschaffen, enttäuschten. In Preußen waren etwa 22 Millionen Taler Scheidemünze in Umlauf. Struensees Absicht ging nun dahin, den Besitzern von Scheidemünze nahezu legen, ihre Gelder in Beträgen von 25, 50, 100, 500 und 1000 Talern bei den Akzise- und Zollkassen gegen Aushändigung vierprozentiger Obligationen einzuzahlen, die «ein Jahr nach wiederhergestellter Ruhe» rückzahlbar sein sollten. Das Ergebnis war kläglich. Bis Ende Februar 1795, also drei volle Monate nach ihrer Auflegung, waren erst für 30 800 Taler Obligationen ausgegeben worden – von den 25-Taler-Obligationen z. B. erst insgesamt 26 Stück <sup>124</sup>!

Etwas günstiger schien sich das Geldgeschäft mit Hessen-Kassel anzulassen. Nach Struensees Bericht vom 7. November war der Landgraf bereit, zunächst eine Million zu zeichnen und eine noch größere Summe für die Zukunft in Aussicht zu stellen, wenn der König verspreche, ihn dafür im Kriege zu schützen. Aber als Deckung mußte Struensee die Tabaksrevenüen aus den westfälischen Provinzen und die Zolleinkünfte aus Minden und Lingen verpfänden. Es sollte ferner dem Landgrafen überlassen sein, nach vier Jahren die Termine für die Rückzahlung festzusetzen. Als der König unerwartet diese ungünstigen Bedingungen genehmigte, taten die Experten alles, um die Hoffnungen, die er daran knüpfte, zu zer-

<sup>122</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 133.

<sup>123</sup> Kab. Order vom 7. 11.; Schr. der Fin. Kommission an den König vom 16. 11.; Randbemerkg. des Königs zum Bericht der Kommission vom 26. X. Bezüglich des bei Hessen-Kassel zu suchenden Darlehens hatte der König Struensee am 6. 11. angewiesen zu sondieren (Pr. G. St. A.).

<sup>124</sup> Philippson, a. a. O., II, 108.

streuen. Am 16. November erklärten sie ihm, die Lage sei unhaltbar, die innere Anleihe gescheitert, die Ausprägung von Scheidemünze, bis Ende 1795 auf höchstens 1 Million Taler veranschlagt, bedeutungslos. Die Ablieferung von Gold und Silber falle nicht ins Gewicht, solange sie auf die Untertanen beschränkt bleibe. Selbst wenn Struensees Verhandlungen mit Hessen-Kassel erfolgreich sein sollten und bei der preußischen Seehandlung weitere drei Millionen flüssig gemacht werden konnten, kam man nach Geusaus Berechnungen mit diesen Summen kaum aus, die Ausgaben des Winters zu bestreiten, geschweige denn, einen weiteren Feldzug zu finanzieren. Der Friede blieb wieder einmal das einzige Mittel, die Not zu überwinden<sup>125</sup>.

Erschwert wurden diese Bemühungen der Minister durch Hardenberg, der sich seinerseits von Görtz unterstützt sah. Namentlich Alvensleben hat mit Befremden Hardenbergs Verhalten verfolgt und mit seinen Ministerkollegen die Befürchtung geteilt, der in seinen Entschlüssen schwankende Monarch könne durch diese Machenschaften ihrer gemeinsamen Führung wieder entgleiten. Sehr geschickt griff Hardenberg zwei Momente auf, die geeignet waren, den König an die Seite seiner Verbündeten zurückzuführen: er warb für den Gedanken einer preußischen Führung in der Reichsorganisation und suchte durch die Erschließung neuer Geldquellen entweder die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen oder, falls Friedensverhandlungen nicht zu vermeiden waren, eine Lage zu schaffen, in der Preußen mit achtungsgebietender militärischer Stärke sich auf derartige Verhandlungen einlassen konnte.

Bald konnte Hardenberg die ersten Erfolge aufweisen. Von Görtz sekundiert, wandte er sich ohne Wissen der Berliner Minister an die Stände und Kreise des Westens und Südens, um sie zu bewegen, im Falle eines allgemeinen Friedensgeschäftes die Vermittlung des Königs von Preußen anzurufen. Noch ehe der November zur Neige ging, waren Kassel und Darmstadt, Kurtrier und Zweibrücken, der oberrheinische, der fränkische und der kurrheinische Kreis für eine preußische Vermittlung gewonnen<sup>126</sup>. Vom schwäbischen Kreis war ein gleiches Ersuchen zu erwarten. Hardenbergs Bestreben ging dahin, nur einen ehrenvollen Frieden unter Einbeziehung des Reiches zu akzeptieren und den vorliegenden kurmainzischen Friedensantrag in seiner ursprünglichen Form nicht durchgehen zu las-

---

<sup>125</sup> Einen ähnlich pessimistischen Bericht legte die Kommission am 19. 11. vor. Hier kam auch die tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß Hohenlohe immer noch am Rheine stand (Pr. G. St. A.).

<sup>126</sup> Ranke, I, 249 ff.; Schick, 143; Erdmannsdörffer, II, 254 f.; Zierke, 57 ff.; vgl. Hardenbergs Briefwechsel mit Schulenburg im Pr. G. St. A.

sen. Die in ihm vorgesehene skandinavische Vermittlung mußte seiner Ansicht nach fallen, wenn Preußen in Zukunft mitreden wollte. Seine fieberhafte Tätigkeit, die er im November namentlich bei den Höfen der vorderen Reichskreise entfaltete und bei der er es an freundlichen Lockungen wie unmißverständlichen Drohungen nicht fehlen ließ, hatten Erfolg. Überzeugt, daß der König allein als Friedensvermittler nicht in Frage kam und der Kaiser in praxi nicht übergangen werden durfte, empfahl er, sich mit dem Friedensanliegen auch nach Wien zu wenden<sup>127</sup>. Er betrachtete es bereits als einen großen Erfolg, wenn der Reichstag neben dem Kaiser auch den König von Preußen zum Vermittler anrief. Als dann das Reichsgutachten vom 22. Dezember dem Kaiser wirklich empfahl, den Frieden durch Anbahnung eines Waffenstillstandes vorzubereiten und «durch gefällige Rücksprache mit Allerhöchstdero hohen Alliierten des Königs von Preußen Majestät» auch dessen Mitwirkung zu gewinnen, hatte Preußen mit dieser Formulierung einen Erfolg errungen, der vornehmlich dem Wirken Hardenbergs zu verdanken war. Denn nun stand der König neben dem Kaiser, und er brauchte nicht zu fürchten, bei einem Separatfrieden stehenbleiben zu müssen, konnte er doch jetzt einer starken, ihm zuneigenden Friedenspartei im Reiche sicher sein.

Diesen erfolgreichen Bemühungen ging eine großzügige Geldbeschaffungsaktion parallel. Was den Ministern nicht gelungen war, das suchte Hardenberg, auf sich allein gestellt, zu erreichen. War schon mit der Möglichkeit eines weiteren Feldzuges zu rechnen, so ergab sich nach seinem Urteil für die Stände auch die Pflicht, sich an seinen Kosten zu beteiligen. Wenn dem Reich der Einsatz des preußischen Heeres galt, so sollte es auch anteilmäßig die Lasten übernehmen. In diesem Sinne bearbeitete er, sozusagen als Privatmann, die Stände, empfahl ihnen, mit diesbezüglichen Bitten und Angeboten an den König heranzutreten und drohte, wo es sein mußte, mit dem Rückzug des preußischen Heeres. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, dem Monarchen etwa 10 Millionen Taler zu beschaffen und schrieb nun auf eigene Verantwortung bei den Ständen und «privaten Kapitalisten» eine Anleihe aus, immer dabei den Wunsch des Königs betonend, sie beschirmen zu wollen, und mit dem Rückzug der Armee drohend, wenn nicht durch eine angemessene Anleihe der Stände dem König die Möglichkeit geboten würde, seine gemeinnützigen, patriotischen Pläne zu verwirklichen. In der Überzeugung, daß der König sein Handeln billigte, erstattete

<sup>127</sup> Hardenberg an den Landgrafen von Hessen-Kassel, 5. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Über den Mainzer Friedensantrag vgl. ergänzend Frankenstein, 192 ff.

er ihm am 22. November Bericht über seine Tätigkeit im Reich, und tatsächlich sprach ihm Friedrich Wilhelm wenige Tage darauf bereits seine volle Zustimmung aus. Er beauftragte ihn sogar in aller Form, die Anleihe schnell unter Dach und Fach zu bringen, während die Kabinettsminister unter Alvenslebens Führung auf das heftigste gegen die «Umtriebe» des inkompetenten Hardenberg protestierten<sup>128</sup>.

Dieser Streit war bezeichnend. Während Hardenberg die engen Grenzen Preußens überschritt und den Staat für die Übernahme einer Reichsaufgabe ausersah, blieb der Preuße Alvensleben diesen engen Grenzen verhaftet. Hinter allem stand die sich stets in neuer Beleuchtung dartuende Frage, ob die preußische Politik in den Traditionen des friderizianischen Staates fortgeführt oder in «deutsche» Bahnen gelenkt werden sollte. Hardenberg, auch hierin seine Herkunft aus dem Reich nicht verleugnend, bemühte sich im Westen des Reiches jedenfalls mit Eifer um Geld, und wenn er auch statt der erhofften 10 Millionen im Dezember nur eine Million flüssig machen sollte, so bleibt doch sein Bestreben zu bewundern, die Kraft des Staates zu erhalten, sei es, um am Verhandlungstisch stark zu sein, sei es, um den Krieg fortsetzen zu können<sup>129</sup>.

Das Ministerium war nicht willens, dieser Entwicklung teilnahmslos zuzuschauen. Mit stärkstem Befremden hatte es schon die Rückführung des Korps Hohenlohe an den Rhein zur Kenntnis genommen. Jetzt aber, als auf Hardenbergs Betreiben vielleicht doch noch die Mittel für eine Fortsetzung des Kampfes beschafft werden konnten, fürchteten die Minister nichts so sehr wie ein erneutes Umschwenken des Monarchen. Sollte etwa durch Görtz und Hardenberg das wieder zerstört werden, was sie so mühsam aufgebaut hatten? Wieder ist Alvensleben ihr Wortführer. Für ihn und Finckenstein gibt es kein Reich und Europa, wenn es gilt, Preußen zu erhalten. Sie sehen immer nur Preußen, seine gespannten Beziehungen zu den Kaiserhöfen und die Gefahr, in der polnischen Frage von ihnen übervorteilt zu werden. Darum suchen sie den

<sup>128</sup> Zierke, 60.

<sup>129</sup> Alle diese Gelder reichten nicht aus. Einschließlich der bereits erwähnten Anleihe Struensees in Kassel gelang es bis Anfang 1795 nur, rund 1,8 Mill. Taler aufzunehmen. Mit diesem Geld konnten gerade die fälligen Zinsen und die Amortisationen früherer Verpflichtungen geleistet werden. Eine Kab. Order vom 7. 1. 1795 verfügte die Einsendung aller irgend entbehrlichen Kassenbestände zur Verpflegung des Heeres. Folge: immer lauter wurde der Ruf, daß nur ein Friede den völligen Verfall des Staates aufhalten könne. Woellner z. B. hatte schon längst aufgehört, zum Kampf gegen die «gottlose Revolution» aufzurufen. (Vgl. seinen Bericht an den König vom 7. 10. 1794 im Pr. G. St. A.).

Frieden, der nach ihrer Meinung keineswegs unbedingt zu einem Reichsfrieden zu führen brauchte. Nun zögerte Alvensleben nicht, sich von Hardenberg zu distanzieren. Ihm und Görtz warf er vor, den Staat der Hohenzollern dem Reiche aufopfern zu wollen. Sie seien keine Preußen, erklärte er am 28. November, und auf sich selbst, auf Finckenstein und Haugwitz verweisend, fuhr er fort: «Wir alle drei, wir sind Preußen, und ich glaube, wir müssen mit dem Könige von Preußen sprechen<sup>130</sup>.»

Das geschah. Am 29. November protestierten die drei Minister in einer Denkschrift auf das entschiedenste gegen Hardenbergs Verhandlungen und sprachen sich damit auch indirekt gegen die persönliche Politik des Monarchen aus<sup>131</sup>. Es gebe aus dem ganzen Dilemma nur einen Ausweg: keine neue Anleihe aufzunehmen und keinen neuen Feldzug zu wagen, sondern sofort einen erfahrenen Diplomaten nach Basel zu entsenden, um dort die Verhandlungen fortsetzen zu lassen. Denn schon stünden Holland und Österreich insgeheim mit französischen Agenten in Verbindung, und gerade um der späteren Vermittlung willen müsse man als erster nach dem Ölzweig des Friedens greifen und sich von niemandem dabei über-treffen lassen.

Vielleicht hätte auch diese Denkschrift nicht gefruchtet, wenn nicht Haugwitz durch ein persönliches Schreiben an den Monarchen ihr gemeinsames Anliegen unterstützt hätte. Er stand dem König damals menschlich von allen am nächsten und wußte, daß in ihm immer noch ein starkes Bewußtsein seiner Reichsstandschaft lebendig war. Wenn er nunmehr um die beschleunigte Entsendung eines Unterhändlers bat und hierfür den Grafen v. d. Goltz und den jungen Baron von Brockhausen vorschlug, so unterstützte er sein Ersuchen mit Gründen, für die er den König besonders empfänglich wußte<sup>132</sup>. Er lenkte den Blick seines Herrn von Preußen weg auf das Reich. In gläubigem, gerechtem Vertrauen, so stellte er ihm vor, hätten sich die Fürsten und Kreise an ihn um Schutz und Frieden gewandt. Wenn sie schon vom Kaiser nichts zu erwarten hätten, so dürfe nicht auch der König von Preußen sie enttäuschen. Auf ihn hätten so viele ihre letzte Hoffnung gesetzt. So möge er der Stimme seines Herzens folgen und sie wissen lassen, woran sie nun eigentlich seien.

Wahrscheinlich hat dieser fast sentimental anmutende Brief den letzten Ausschlag gegeben. Mochten auch Alvenslebens und Fincken-

<sup>130</sup> Koser, 475; Ernstberger, 98; Bailleu, H. Z., 75, 272; F. B. P. G., 5, 279.

<sup>131</sup> Bailleu, Preuß. Wille, 135.

<sup>132</sup> Haugwitz an den König, 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.); Ernstberger, 98; Krauel, 82; Koser, 471 f. und 477; Ranke, I, 257; Bailleu, Preuß. Wille, 136.



steins Argumente nicht ohne Eindruck geblieben sein und Prinz Heinrich sogar schon den Entwurf für den noch zu benennenden Friedensunterhändler vorgelegt haben<sup>133</sup>, die innere Einstellung auf die Gefühle und Überlegungen des Königs ist dem Grafen Haugwitz am treffendsten gelungen. Das weitere ergab sich von selbst. Der König unterrichtete das Ministerium von seinem Entschluß, den Generalmajor v. d. Goltz zu Verhandlungen nach Basel zu entsenden. Am 1. Dezember verständigte er auch den Prinzen davon, daß Goltz im tiefsten Geheimnis nach Potsdam kommen werde, sich aber vorher nach Rheinsberg begeben, um auch ihm, dem Prinzen, seine Aufwartung zu machen<sup>134</sup>. Aber selbst in dieser Stunde wiederholte der König die Weisung, die Truppen am Rhein zu belassen, und einige Tage darauf erhielt auch Hardenberg den Auftrag, trotz aller Warnungen des Kabinetts die Anleiheverhandlungen mit Nachdruck fortzusetzen.

Mit der Berufung des Grafen v. d. Goltz waren die Würfel gefallen. Friedrich Wilhelm hatte dabei wenigstens vorerst noch nicht das Gefühl, von seinen Ministern überlistet zu sein. Daß er freilich nun doch mit den Königsmördern verhandeln sollte, hat er inner-

---

<sup>133</sup> Es handelt sich um das «Projet d'instruction pour celui, qui doit traiter de la paix», das, in Rheinsberg entworfen, Krauel (S. 79) auf den 23. 11. 1794 datiert. Das Dokument ging an Struensee, der es zunächst Bischoffwerder zugänglich machte und dann dem König vorlegte. Auf Bischoffwerders Empfehlung sandte der Prinz eine eigenhändige Abschrift an Haugwitz und bat zugleich um dessen gutachtliche Äußerung dazu. (Struensee an den Prinzen, 23. und 29. 11. 1794, Hausarchiv; der Prinz an Haugwitz, 26. 11. 1794, Ranke, V, 46 f.) In dieser Denkschrift empfiehlt der Prinz zunächst einen preußisch-französischen Frieden und dann erst den Abschluß einer besonderen Konvention, die die Friedensvermittlung des Königs für das Reich und Holland, evtl. auch für Österreich und England regeln sollte. Als Friedensgrundlage nannte er die Anerkennung der Republik, die Rückgabe aller linksrheinischen Besitzungen des Königs, die Nichteinmischung der Franzosen in die endgültige Regelung der polnischen Frage, d. h. die Anerkennung aller preußischen Erwerbungen in Polen; schließlich den Austausch der Gefangenen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und die Regelung des diplomatischen Zeremoniells. Heinrich glaubte, daß die Franzosen die eroberten preußischen Gebiete wieder herausgeben würden. Wichtig sei, von Frankreich eine Erneuerung der 1648 gegebenen Garantie zu erhalten, um so die österreichischen Absichten auf Bayern zu vereiteln. Sollte Wien die preußische Vermittlung anrufen, so empfahl Heinrich, Österreich gegen Abtretung der Niederlande mit dem Bistum Salzburg zu entschädigen. Doch müsse der Kaiser dann auf weitere Ansprüche in Polen verzichten und in einer evtl. 3. Teilung sich mit dem begnügen, was Preußen und Rußland ihm geben wollten.

<sup>134</sup> Goltz' Besuch in Rheinsberg hat den Prinzen in der Ansicht bestärkt, daß es vornehmlich seine Denkschrift vom 23. 11. war, die den Ausschlag gegeben habe, um so mehr als auch Haugwitz dem Prinzen am 2. 12. für das «admirable mémoire» dankte. (Ranke, V, 47–48; Krauel, 83.)

lich allerdings nie recht verwinden können. Sich von der Koalition zu trennen, hat ihn die heftigsten Kämpfe gekostet. Ihm war immer noch der Gedanke befremdend, eine einmal gelobte Waffenbrüderschaft aufsagen zu sollen. Wenn er sich dennoch dazu hergab, dann geschah es im Hinblick auf das Reich, das er durch seinen Entschluß nicht verderben, sondern verteidigen wollte, indem er es zugleich um sich versammelte. Es war nicht so sehr der König von Preußen, der sich zum Frieden entschloß, als der Reichsfürst, der aus dem vollen Chor der preußischen Stimmen auch die immer stärker vernehmbaren deutschen heraushörte. Die Beauftragung des alten Generals war in seinen Augen keineswegs ein Sieg der preußisch-sonderstaatlichen Interessen über die deutschen. Wer so dachte, der mißverstand den König gründlich. Für ihn war der Ruf nach einem Frieden untrennbar verknüpft mit der Verpflichtung, auch dem Reiche zu dienen. Überzeugt, bis zur Stunde seine Bündnispflichten erfüllt zu haben, glaubte er jetzt, auch in der Wiederherstellung des Friedens vorangehen zu sollen. Im Kriege war er dem Reich vorangeschritten. Er hoffte zuversichtlich, daß nun auch sein Schritt zum Frieden ihm zum Nutzen gereiche, so sehr er damit auch zugleich den Wunsch verband, das Ansehen seiner Krone zu erhöhen und die Macht seines Staates zu steigern.

Der König hat seine Entscheidung ohne Befragung der Minister getroffen. Daß selbst Haugwitz sich nur mit schriftlichen Empfehlungen begnügen mußte, geht aus einem Briefe an Hardenberg recht deutlich hervor<sup>135</sup>. Wenn Haugwitz nämlich schreibt, er wolle ihm alles mitteilen, was er darüber habe erfahren können, so deutet diese Wendung doch an, daß er selbst offenbar ziemlich unbeteiligt gewesen ist und nun gleichsam nur als Außenstehender seine Gedanken niederschrieb. Möllendorff habe, wie Haugwitz schrieb, dem König nicht länger vorenthalten können, daß er schon seit einiger Zeit mit französischen Sendlingen in Verbindung stehe und diese sehr wahrscheinlich von Barthélemy oder unmittelbar vom Konvent ermächtigt seien, mit Preußen zu verhandeln. Der Plan sehe vor, zunächst einen Gefangenenaustausch vorzunehmen und dann die eigentlichen Friedensverhandlungen folgen zu lassen. Da nach Meyerincks Berichten mit einer Schonung der Gebiete der Monarchie seitens der Franzosen zu rechnen sei, habe der König sich entschieden, über Möllendorff Verhandlungen aufzunehmen mit dem allgemeinen Ziel einer vertragsmäßigen Sicherung der preußischen Provinzen.

---

<sup>135</sup> Haugwitz an Hardenberg, I. II. 1794 (Pr. G. St. A.).

Allein wir haben etwas vorgegriffen. Es ist an der Zeit, sich nunmehr den Basler Gesprächen wieder zuzuwenden.

\*

Sich ausdrücklich auf die königliche Ermächtigung berufend, unterzeichnete Möllendorff am 5. November in seinem Hauptquartier zu Hochheim die von Hardenberg entworfene Vollmacht, die Meyerinck autorisierte, in Basel mit den Vertretern Frankreichs über den Austausch der Kriegsgefangenen und alle sich hierauf beziehenden Fragen zu verhandeln<sup>136</sup>. Gegen Rückgabe aller gefangenen Franzosen sollte Meyerinck die Schonung der preußischen Provinzen erwirken und erklären, daß man nichts sehnlicher wünsche, als einen Krieg zu beenden, an dem man nur als Hilfsmacht beteiligt sei. Man halte, so sollte er hinzufügen, einen Frieden für erreichbar, wenn Preußen seine Truppen zurückziehe und Frankreich die preußischen Gebiete räume. Vor allem aber müsse man sich über einen Waffenstillstand und eine Neutralitätserklärung – letztere auch für das Reich, wie Möllendorff ihm wiederholt einschärfte – schnellstens verständigen.

Mehr noch als aus diesem Text der Vollmacht erhellt aus einer undatierten Aufzeichnung Meyerincks, daß Möllendorffs Absichten weiter gingen als die des Königs. Danach sah der Major seine Aufgabe darin, Gesinnungen und Absichten der Franzosen kennenzulernen, um Zeit zu gewinnen, «daß das Reich. . den König selbst zur Mediation und Pazifikation auffordern könne». Zu diesem Zweck sollte er einen Austausch der Gefangenen anregen, im übrigen aber alles tun, um namentlich Bacher und Ochs von der Ehrlichkeit des preußischen Friedenswillens zu überzeugen<sup>137</sup>. Er gedachte, einen Waffenstillstand für Preußen und eine Neutralisation des Reichs vorzuschlagen und für die Zukunft die Anerkennung der Republik in Aussicht zu stellen. Hatte er eine französische Friedensbereitschaft wahrgenommen, so sollte er erklären, der König werde demnächst in einer amtlichen Mitteilung an das Reich bekunden, daß er vom Kriege zurücktrete und seine Truppen in die eigenen Lande zurückziehe.

Nach einer beschwerlichen Reise traf Meyerinck in Begleitung des Gesandtschaftssekretärs von Harnier um die Mittagsstunde des

---

<sup>136</sup> Siehe die meist vertraulichen Schreiben Hardenbergs an Haugwitz sowie Meyerincks Brief an Hardenberg, 5. 11. 1794, ferner die Akte betr. die für die hannov. Gefangenen nachgesuchte Vermittlung (Pr. G. St. A.).

<sup>137</sup> Entgegen allen entstellenden Berichten Schmerz' hat Bacher sehr günstig über Meyerinck geurteilt. Er sei «von bestem Willen beseelt, gute Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich herzustellen». Vgl. auch Meyerincks Korr. resp. mit Hardenberg 1794 (Pr. G. St. A.).

12. November in Basel ein<sup>138</sup>. Im Gasthof «Zum wilden Mann» hatte Schmerz schon zwei Zimmer belegt, als er vernahm, der Major sei unter großem Volksauflauf in der Herberge «Zu den drei Königen» abgestiegen. Iselin, der Wirt, hatte sich ein gutes Geschäft errechnet, schnell vier Zimmer ausräumen und die Bewohner in der Nachbarschaft unterbringen lassen. Meyerinck war sein Gast. «Der Feldjäger lief, der Wirt krächzte, und ich lachte, als mir der Herr Bacher erzählte, wie die kleine Exzellenz aus einer alten Chaise, deren Räder mit Stricken zusammengeschnürt gewesen, gravitatisch gestiegen sei», berichtet Schmerz in bitterer Ironie<sup>139</sup>. Dem verblüfften Weinhändler, der ihn mit dem Vorwurf empfing, viel zu früh gekommen zu sein, berichtete er von einer Audienz beim König, von dem Sieg der Friedenspartei und der Vollmacht, die er in der Tasche trage. Am gleichen Tage wurden der Major und Harnier noch dem Stadtschreiber Ochs vorgestellt, durch dessen Vermittlung bereits für den nächsten Abend in Schmerz' Wohnung ein erstes Zusammentreffen mit Bacher verabredet wurde<sup>140</sup>.

Schmerz, der wohl fühlte, daß man nun seiner nicht mehr bedurfte, hat den Abgesandten des Feldmarschalls mit Hohn und Spott verfolgt und ist nicht müde geworden, ihn von vornherein seines Ansehens zu berauben. Allein so verletzend er ihn auch ironisierte – er berichtet uns, Ochs habe ihn als den Retter des Vaterlandes tausendfach willkommen geheißen und ihn seiner Frau als Friedensstifter dreier Weltteile vorgestellt und der Major wiederum habe ihn so anhaltend umarmt, daß Schmerz befürchtete, er möchte den armen Stadtschreiber erdrosseln – in Wahrheit vermochte er das Urteil nicht zu beeinflussen, das sich Ochs und Bacher von dem Abgesandten des preußischen Hauptquartiers machten<sup>141</sup>. Man behan-

<sup>138</sup> Ochs, Baseler Geschichte, VIII, 168; Kohl, 62 f.

<sup>139</sup> Siehe Schmerz' «Umständliche Beschreibung des Betragens des Herrn Major v. Meyerinck . . .» (Pr. G. St. A.); Kohl, 67, 69.

<sup>140</sup> Ochs hat in der Folge auch die Korrespondenz zwischen Bacher und Meyerinck vermittelt; siehe Steiner, 429 Anm.

<sup>141</sup> Meyerinck hatte Schmerz eingeladen, für die Zeit seiner Anwesenheit in Basel bei ihm zu speisen. Schmerz beschreibt Meyerincks Tafel: acht Gedecke waren befohlen; fünf Personen waren nur erschienen. «Nach der Suppe wurde Madeira gefordert, versucht und zurückgeschickt. Es kam Malaga, er wurde berochen und gegen Muskateller ausgetauscht. So wurde der Burgunder gegen den Bordeaux gewechselt und zum Nachtisch kam Champagner. Dennoch mußten Stöße Holz in den Kamin geworfen werden, um uns zu erwärmen. – O! sagte ich zu mir selbst. Was bist du für ein Dummkopf gewesen, hast zwei Monate in einer schmutzigen Herberg gegessen, hast nichts zu nacht gegessen, aus Angst, daß man deine Ausgaben tadeln möchte und hier! – Hier werden wenigstens 12 Thlr. für 3 Plätze verschwendet, wo niemand speiset und vielleicht noch einmal so viel für Wein bezahlt, die ein anderer genießt.» (Pr. G. St. A.) Vgl. auch Kohl, 62, 63, 67, 69; Otto, 35 f.; Kaulek, IV, 431.

delte ihn fair und loyal, und namentlich Ochs hat sich in der Folge einen freundschaftlichen Ausgleich der Differenzen sehr angelegen sein lassen. In seinem Hause wurde, wie er treffend zu Bacher bemerkte, jenes Friedensschiff flott gemacht, das nach der Absicht des Königs den Hafen des Reiches anlaufen sollte<sup>142</sup>. Sozusagen unter seiner Obhut fand in Schmerz' Wohnung am 13. November die erste längere Unterredung des Majors mit Bacher statt. Ochs hatte inzwischen schon einiges ausgeplaudert und dem Wohlfahrtsausschuß gemeldet, daß er Meyerinck mit einem Legationssekretär aus Berlin erwarte, daß dieser sich im Auftrage des Königs um den Austausch der Gefangenen bemühen und die Neigung des Konvents sondieren werde, gegebenenfalls mit Preußen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden einzutreten. Bacher hatte diesem vorgreifenden Bericht kaum noch etwas hinzuzufügen. Er bestätigte, was Ochs geschrieben und bat nun seinerseits um Weisungen.

Was Schmerz über diese erste Konferenz mit Bacher berichtete, ist nur mit größter Zurückhaltung aufzunehmen<sup>143</sup>. Ungleich wichtiger ist Meyerincks eigenes Urteil. Und das klang recht günstig. Wie bemerkenswert freundlich hatte sich doch Bacher über den preußischen König geäußert und wie fesselnd von seinem einstigen Aufenthalt in Berlin geplaudert! Schon glaubte Meyerinck, dem Austausch der Gefangenen greifbar nahe zu sein<sup>144</sup>. Bacher hatte ihm versichert, man sei in Paris zwar von der Ehrlichkeit des Monarchen und seines Marschalls überzeugt, begegne aber den Ministern mit um so größerem Mißtrauen. Merkwürdigerweise hat der Major, wie es scheint, diese letzte Bemerkung sozusagen ignoriert, wie er denn überhaupt zunächst aus allen Besprechungen immer nur das günstig klingende herauszuhören pflegte und die sich unverkennbar abzeichnenden Schwierigkeiten übersah. Wenn Bacher es auch an feierlichen Versicherungen nicht fehlen ließ und den Willen Frankreichs betonte, nach dem Frieden sogar das alte Bündnis wiederherzustellen, so vergaß Meyerinck doch ganz, daß das zunächst nur leere Worte waren, die auch dadurch nicht an Ge-

<sup>142</sup> Ochs an Bacher, 25. 11. 1794 (Steiner, 429, Anm. 1), Kaulek, V, 9.

<sup>143</sup> Nachdem sich Meyerinck und Harnier spät abends verabschiedet hatten, war Bacher, Schmerz' Bericht zufolge, noch kurze Zeit bei Schmerz geblieben und hatte ihn nach Meyerincks Begleiter gefragt. Er müsse, so habe Bacher gemeint, ein vortrefflicher Mann sein, wenn er das Zeug wieder ausflicken wolle, was jener schon zerriß. Wenn er aber Meyerinck gleiche, so könnten sie beide sogleich wieder gehen. Meyerinck sei gar nicht der Mann, mit dem man unterhandeln könne. So weit Schmerz' entstellender Bericht.

<sup>144</sup> Meyerinck an den König, 14. 11. 1794; an Möllendorff, 14. 11. 1794; an Haugwitz, 13. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). «Sie würden wie ich zufrieden gewesen sein», schreibt er an Möllendorff.

wicht gewannen, daß Bacher die Überzeugung ausdrückte, die französischen Generale würden von Paris die Weisung erhalten, die Gebiete des Königs zu schonen. Auch als Meyerinck das Gespräch auf das Schicksal des Reiches lenkte, bekam er zwar schmeichelhafte, im Kern jedoch gänzlich belanglose Worte zu hören: der Wohlfahrtsausschuß werde das Reich nicht seinem Schicksal überlassen, sondern es enger mit demjenigen Preußens verbinden, um die Reichsverfassung zu verbürgen. Ein neuer schmalkadischer Bund oder eine neue deutsche Union unter der Gönnerschaft Preußens sei der Mehrheit der Reichsstände sehr nützlich und den Interessen Preußens und Frankreichs gemäß. Der König habe eine ähnliche glorreiche Rolle zu spielen, wie sie Gustav Adolf einst gespielt. Nur unter seiner Führung dürfe sich das Reich wieder sammeln, und Frankreich werde aufrichtig das seinige dazu tun und die Feindseligkeiten gegen das Reich einstellen, wenn dieses die preußische Vermittlung anrufe. Das mochte alles sehr beruhigend klingen, aber es durfte doch nicht übersehen werden, daß es sich hierbei nur um persönliche Auslassungen eines untergeordneten politischen Agenten, nicht aber um die offizielle Haltung der Pariser Politiker handelte. Dann aber gewährte Bacher auch einen Blick in die eigentlichen Schwierigkeiten, indem er nämlich als unerläßliche Bedingung einer Wiederannäherung die Forderung erhob, die österreichischen Truppen aus den festen Plätzen des Reiches zu entfernen <sup>145</sup>.

Meyerinck verbarg seine Enttäuschung über diese Anspielung auf Mainz nicht. Vergeblich bemühte er sich, Bacher von der Unannehmbarkeit dieses Platzes zu überzeugen, und vergeblich wies er auch auf den ungünstigen Eindruck hin, den alle Maßnahmen gegen diese Festung gerade jetzt machen mußten <sup>146</sup>. Bachers Antwort ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die öffentliche Meinung, der Wohlfahrtsausschuß und die Armee verlangten nach Mainz, das nur von Österreichern besetzt sei, denen allein der Angriff gelte. Schon seien gewaltige Vorbereitungen im Gange, die Festung zu nehmen. Auf Meyerincks Bitten fand er sich dann allerdings bereit, den Volksrepräsentanten bei der vor Mainz operierenden Armee, Merlin de Thionville und den General Michaud zu bitten, sich über die Modalitäten der Belagerung oder der Schonung des Platzes unmittelbar mit Möllendorff in Verbindung zu setzen <sup>147</sup>. Noch eine zweite Schwierigkeit deutete er an: Frankreich werde in einer erneuerten Teilung Polens ein ernstes Hindernis für einen

<sup>145</sup> Siehe Meyerincks Berichte vom 13. und 14. 11. 1794.

<sup>146</sup> Meyerinck an Möllendorff, 14. 11. 1794.

<sup>147</sup> Meyerincks Bericht vom 13. 11. 1794.

künftigen Frieden erblicken! Es mußte also mit einer Intervention zugunsten Polens gerechnet werden. Ob sie Meyerinck mit dem Hinweis auf Möllendorffs Stärke würde vermeiden können?

Möllendorffs Lage war nicht günstig. Die Erfolge der Franzosen gegen die Kaiserlichen, der Druck auf die eigenen Linien und die mangelnde Zusammenarbeit mit den Verbündeten drückten die Stimmung sehr <sup>148</sup>. Schon richteten sich die Blicke des Feindes auf Frankfurt. Wollte Möllendorff an dieser Stelle eingreifen, so räumte er den Franzosen die letzten Hindernisse vor Mainz aus dem Wege. Es fehlte eben an allem, an Geld, Versorgungsgütern, an Waffen und Munition. In Berlin dachte man freilich zunächst nicht so pessimistisch. Man hatte dort sogar einen relativ günstigen Eindruck von dem bisher in Basel Erreichten <sup>149</sup>. Wenn auch von einer schonenden Behandlung der königlichen Provinzen bis jetzt kaum etwas zu bemerken war, so war doch vor allem Haugwitz des festen Glaubens, daß sich mit den Verhandlungen über den Austausch der Gefangenen sogleich auch Besprechungen über einen Waffenstillstand ermöglichen ließen und sich dann der Weg zu einem Frieden schon von selbst abzeichnen werde. Selbst bezüglich der Festung Mainz rechnete er damit, daß unmittelbare Verhandlungen Möllendorffs mit Michaud und Merlin de Thionville zu einer Neutralisierung dieses Platzes führen könnten.

Inzwischen begann Meyerinck, sich in Basel heimisch zu fühlen. Bei Ochs lernte er neben dem reichen Handelsmann Forcart-Weiß und dem Bürgermeister Burckhardt auch den Grafen Diodati, den einstigen mecklenburgischen Gesandten in Paris, kennen, und mehr als einmal entstieg dieser fröhlichen Runde die Gesänge der Revolution und die Trinksprüche auf die Republik. Während Bachers Kurier nach Paris jagte, um Meyerincks Ankunft zu melden, schwärmte Ochs wie schon im August bei der Ankunft Schmerz' von künftigen Verbindungen Preußens mit der Republik. In einer solch zwanglosen Stunde ließ sich auch Meyerinck verleiten, seine Vollmacht vorzuweisen und seine geheimen Instruktionen vorzulesen, wobei er bedeutungsvoll hinzufügte, daß diese noch verblässen würden gegenüber denjenigen, die er aus der Tasche ziehen werde, sobald der Kurier aus Paris zurück sei. Schmerz' Versuche, das gesellschaftliche Ansehen des Majors von vornherein zu untergraben, blieben dabei völlig belanglos <sup>150</sup>. Bacher verhielt sich ihnen

<sup>148</sup> Möllendorff an den König, 18. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>149</sup> Haugwitz an Meyerinck, 25. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>150</sup> Nach Schmerz' Angaben hat sich das Verhältnis des Majors zu ihm und allen übrigen sehr schnell zugespitzt. Wo er kann, verfolgt er Meyerinck mit Spott und Ironie, etwa wenn er gelegentlich eines Essens im Hause des Ban-

gegenüber reserviert, und ohne je die Gesetze der Höflichkeit zu verletzen, wiederholte er mehr als einmal, daß Frankreich ebenso sehr wie Preußen den Frieden wünsche, daß eine Annäherung an Preußen und durch Preußen an das Reich leicht möglich sei, daß man das Reich zunächst neutralisieren und alles andere einem späteren Frieden überlassen müsse. Der Gefangenen austausch sei sicher bald zu bewerkstelligen. Sehr viel schwieriger sei dagegen, das Schicksal von Mainz zu klären<sup>151</sup>. Denn in diesem Punkte sei ein Entgegenkommen des Wohlfahrtsausschusses nicht zu erwarten, zumal die Vorbereitungen gegen Mainz schon in vollem Gange seien. Tatsächlich verschärfte sich die militärische Lage von Tag zu Tag. Frankfurt, das Zentrum aller Lazarette, Magazine und Depots, war gefährdet. Mannheim drohte verloren zu gehen. Schon ward Mainz täglich beschossen, obwohl das Gros der feindlichen Belagerungsartillerie erst noch aus Maastricht und Luxemburg erwartet wurde. Stündlich konnte der Sturm beginnen. Aufhebung der Belagerung dieser Feste und sofortiger Abschluß eines Waffenstillstandes, was hätte Möllendorff nicht alles in diesen düsteren Stunden hierfür gegeben<sup>152</sup>! Jetzt, wo fast alles auf die Entscheidungen der Machthaber in Paris ankam und am Mittelrhein eine militärische Katastrophe unmittelbar drohte, bat er Ende November im Bewußtsein der Ohnmacht und Unzulänglichkeit den König, fortan selbst den Major von Meyerinck mit Weisungen zu versehen. Der Kombination von Kriegführung und Politik fühlte er sich schlechterdings nicht mehr gewachsen.

In Basel harrete man inzwischen ungeduldig des Kuriers aus Paris.

kiers Forcart, bei dem der Major zwischen der Gattin Burckhardts und einer Dame aus Bordeaux saß, schildert, wie namentlich die letztere des Majors ganze Zärtlichkeit auf sich gelenkt haben soll. Einen ernsten Zusammenstoß gab es tags darauf (17. November) bei einer Spazierfahrt außerhalb Basels. Meyerinck fragte nach seinen letzten Ausgaben. Schmerz nannte 120 Louisdors. «Belohnung ist man Ihnen schuldig», erklärte Meyerinck, «nämlich solange Sie noch hier sind, bekommen Sie täglich 6 Thaler; das ist gerade so viel, wie ein Feldjäger erhält.» Schmerz raste: «Herr Major, Sie sind ein Unmensch. Haben Sie schon vergessen, daß Sie mich aus dem glücklichen Schoß meiner nun unglücklichen Familie rissen und ins Elend stürzten? Währenddessen Ihre Suite in meinem Hause von meinen Einkünften schwelgte? . . . Lohn wie ein gemeiner Feldjäger? Pfui der Schande! Sind das die königlichen Belohnungen, das grenzenlose Glück, welches mir Hiller, Graf Kalckreuth und Sie oft versprochen?» Schmerz begab sich nach der Rückkehr sofort zu Bacher, um ihn um seinen Paß zu bitten. Bacher soll ihm geantwortet haben: «Wollen Sie eines Narren wegen alles zertreten, was wir seit drei Monaten mit so vieler Mühe pflegten?» (Pr. G. St. A.)

<sup>151</sup> Meyerinck an Haugwitz, 16. 11. 1794; an Möllendorff, 17. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>152</sup> Möllendorff an den König, 22. 11. und 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).



Denn solange dieser nicht zurückgekehrt war, konnte man von wirklich ernsthaften Verhandlungen noch nicht sprechen. Meyerinck befand sich in keiner beneidenswerten Lage. Während Schmerz es liebte, ihn mit allerlei Neuigkeiten und unkontrollierbaren Gerüchten zu überraschen und die unerquicklichsten Zusammenstöße mit ihm geradezu herausforderte<sup>153</sup>, hatte Bacher noch nicht einmal die Erlaubnis, offiziell mit ihm zu verkehren. Dieser tat natürlich alles, ihn bei guter Laune zu halten, so daß Meyerinck immer wieder Vertrauen faßte, so oft ihn auch die harten Tatsachen des Alltags erschütterten. Immer noch hielt er eine Neutralisierung von Mainz für möglich<sup>154</sup>, und seine Erregung über die Beschießung von Emmerich konnte Bacher mit dem Hinweis beschwichtigen, daß man es gar nicht auf die Stadt selbst abgesehen habe, sondern nur die Auslieferung gewisser Schiffe, die auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen gewesen sei, habe erzwingen wollen. Meyerincks Drohung, angesichts solcher Vorfälle Basel wieder zu verlassen, war im Grunde nicht ernst gemeint. Er sehnte sich selber zu sehr nach einem Frieden, als daß er in seinen Berichten einen Abbruch der Besprechungen hätte empfehlen können. Auch als Ochs die Aufrichtigkeit Preußens in Zweifel zog und die Vermutung aussprach, der König strebe im Westen nur Erleichterungen

<sup>153</sup> Verärgert über das französische Vorgehen gegen Emmerich, ließ Meyerinck am 21. 11. Schmerz zu sich rufen und fuhr ihn an: «Schöne Nachrichten für geschlossene Konvention! So geht's, wenn man so leichtgläubig ist, wie Sie sind! Die Franzosen haben Emmerich in Brand gesteckt. Bacher ist ein Spitzbub! Und Ochs ist eine Bestie!» Schmerz suchte ihn zu beschwichtigen, der Major aber fuhr fort: «Was? Sie sind auch von dem Gift der Demokratie angesteckt? Herr, ich sag Ihnen, Sie müssen preußisch sein, denn dafür werden Sie bezahlt.» Darauf Schmerz: «Herr Major, ich habe Mitleid mit Ihrer unglücklichen Leidenschaft, sonst würde ich mich sicher zu rächen wissen. Was toben Sie gegen mich, wenn mich Herr Bacher betrog?» – Auch Harnier hat sich angeblich gegen den Major aufstacheln lassen. So soll er am 24. 11. zu Schmerz geäußert haben: «Man sieht wohl, daß Meyerinck seine erste politische Laufbahn in Polen betrat – lauter Unruhe, lauter Säbelzüge» – und Schmerz hatte hinzugefügt: «und ebenso kriechend wie ein polnischer Jude, wenn er Widerstand findet.» Derlei gehässige Bemerkungen rissen nicht ab. Als Schmerz und Harnier den Major einmal in seinem Quartier aufsuchten, fanden sie dort den Stiefel- und Hutmacher, den Schneider, den Galanteriekrämer, den Pettschaftstecher und 3 Feldjäger vor. Meyerinck begann: «Sehen Sie, dies Tuch hab ich mir zum Rock, dies zum Überrock, dies zum Gilet und dies zu den Beinkleidern gewählt. Sagen Sie mir doch, ob Sie meinen Geschmack approbieren.» Darauf Schmerz: «Warum wollen Sie sich denn maskieren? Das ist ja lauter braunes Tuch. Man wird Sie in einem solchen Anzug verkennen.» Meyerinck entgegnete, er werde in Zukunft incognito und zu Fuß herumstreichen, «ohne Degen, so ganz kaufmännisch». Schmerz: «Nein à la Rousseau!» (Alles nach Schmerz' Aufzeichnungen, Pr. G. St. A.)

<sup>154</sup> Meyerinck an Haugwitz, 23. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

an, um im Osten alle Kräfte einzusetzen, die er hernach vielleicht noch einmal gegen Frankreich marschieren lassen könnte, blieb Meyerinck verhandlungsbereit. Zwar gaben derlei Äußerungen auch ihm zu denken, denn wer konnte wissen, ob sie nicht die Auffassungen maßgeblicher Kreise in Paris darstellten? Dennoch kann als sicher angenommen werden, daß Meyerinck nicht einen einzigen Augenblick an eine Aufgabe der Verhandlungen gedacht hat.

Da traf am 23. November die Antwort aus Paris ein. In lakonischer Kürze besagte sie, daß gemäß den Dekreten der Nationalversammlung der Wohlfahrtsausschuß die einzige Instanz sei, die preussischen Unterhändler anzuhören. Ihm allein hätten sie darum ihre Vorschläge zu unterbreiten<sup>155</sup>. Meyerinck tat hocherfreut. Er beeilte sich, in Paris den Austausch der Kriegsgefangenen vorzuschlagen und eine beglaubigte Abschrift seiner Vollmachten zu übermitteln<sup>156</sup>.

Von nun an wurden die Verhandlungen vertraulicher, wie Ochs später rückblickend bemerkte<sup>157</sup>. Am 24. November erfolgte der Austausch der Vollmachten. Fast hat man den Eindruck, daß Meyerinck jetzt, wo man konkrete Angaben von ihm erwartete, plötzlich unsicher wurde, unsicher vor allem gegenüber dem Basler Stadtschreiber, der ihm vielfach mit beträchtlichem Mißtrauen begegnete. «Ich soll die Auswechslung nachsuchen», schrieb er dem Feldmarschall<sup>158</sup>, «gleichwohl soll dies auch eine Gelegenheit geben, zu horchen, wo die Glocken hängen, für die Schonung des Reiches zu arbeiten, es dem Reiche fühlbar zu machen, . . . daß wir gar kein Interesse an diesem Kriege haben, kurz, daß wir mit Ehren und Würden aus diesem teuflischen Spiel kommen. Wohl hundertmal habe ich meine Pleinpouvoir und meine Instruktion durchdacht.» Die Lage vor Mainz und am Niederrhein versetzten ihn in die Notwendigkeit, ohne nochmalige Rückfrage bei Möllendorff oder in Berlin sofort seine Antwort nach Paris zu formulieren<sup>159</sup>. In nuch-

<sup>155</sup> Comité de Salut Public (in der Folge abgekürzt W. F. Ausschuß) an Bacher, 26 brumaire III (16. 11. 1794) Kaulek, V, 10; Otto, 36; Pr. G. St. A.

<sup>156</sup> Nachschrift zu Meyerincks Brief an Haugwitz vom 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Bacher an den W. F. Ausschuß, 23. 11. 1794; Meyerinck an den W. F. Ausschuß, 24. 11. 1794 (Kaulek, V, 12, und Pr. G. St. A.).

<sup>157</sup> Ochs, VIII, 168; vgl. auch Meyerinck an Hardenberg, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>158</sup> Meyerinck an Möllendorff und Hardenberg, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>159</sup> Meyerinck an den W. F. Ausschuß, 24. 11. 1794 (Pr. G. St. A.; Kaulek, V, 14). Eine Abschrift der Vollmacht sowie Möllendorffs und Hardenbergs jüngste Briefe legte er bei. Auf Bachers Betreiben hatte Meyerinck das in seinem Entwurf mehrfach vorkommende «nation» durch «République» ersetzt. Siehe auch Bacher an den W. F. Ausschuß, 5 frimaire (25. 11. 1794) bei Kaulek, V, 15.

ternen Worten legte er seinen Auftrag dar, den Austausch der preußischen, sächsischen, mainzischen und hessischen Gefangenen unbeachtet ihrer Zahl anzubieten und dafür die Schonung Kleves, Gelderns und Westfalens zu verlangen. Er forderte Einstellung aller Kontributionen und Verwüstungen und eine nach Abschluß der Verhandlungen alsbald erfolgende Räumung dieser Gebiete, die dann von beiden Parteien als neutral angesehen werden sollten. Der König würde sich verpflichten, fuhr Meyerinck fort, keine Subsidien mehr anzunehmen, sich nicht mehr am Koalitions- und Reichskrieg zu beteiligen und sein Kontingent zurückzuziehen. Zur Durchführung dessen schlage er einen Waffenstillstand vor sowie eine Neutralisierung von Mainz. Im übrigen sei ihm an der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen sehr gelegen. Auf Meyerincks Bitten fügte Bacher in einem eigenen Schreiben hinzu, daß trotz der in Südpreußen und Schlesien eingetretenen Beruhigung Preußen sehr friedensbedürftig zu sein scheine und alles daran setze, schnell zu einem glücklichen Abschluß zu kommen.

Mehr konnte man in Paris von einer Antwort Meyerincks nicht erwarten als das Angebot, sich ganz von der Koalition zu trennen und die noch ungeschlagene Armee in die Stammlande zurückzuziehen. Unter Preisgabe Hollands hoffte man also, die Neutralität von Kleve, Geldern und Westfalen zu erreichen. Daß auch Möllendorff so dachte, war seinen Briefen an den Major zu entnehmen, die übrigens bewußt so abgefaßt waren, daß Bacher sie lesen, über sie berichten oder gar, wie es tatsächlich geschehen ist, in Abschriften nach Paris senden durfte. So schreibt er einmal in einem dieser Briefe, hätte er die französischen Operationen am Niederrhein im voraus gewußt, so hätte er den Franzosen eine Schlacht geliefert. Nicht aus Furcht überschreite er den Rhein, sondern auf königliches Geheiß. Die Beschießung von Emmerich und die schonungslose Behandlung von Kleve berechtige nur zu geringen Hoffnungen, und da auch vor Mainz und Mannheim die guten Neigungen Preußens zunichte gemacht würden, müsse auch er wieder an eine Zusammenarbeit mit Clerfayt denken. Man müsse überhaupt wissen, ob der Ausschuß die preußischen Vorschläge loyal zu behandeln gedenke<sup>160</sup>. Eine Beendigung des Krieges gereiche zwar allen zum Vorteil, aber als Oberbefehlshaber müsse er unter allen Umständen auf einem ehrenvollen Frieden bestehen.

Man konnte annehmen, daß derartige Briefe des preußischen Oberbefehlshabers – ein ähnlicher Brief lag übrigens auch von

---

<sup>160</sup> Kaulek, V, 16; s. auch Bacher an den W. F. Ausschuß, 3 frimaire (Kaulek, V, 12).

Hardenberg vor – in Paris ihre Wirkung nicht verfehlten <sup>161</sup>. Es lag zudem der Schluß nahe, daß die Rückführung des Korps Hohenlohe an den Rhein mit der Ungewißheit über den Ausgang der Friedensbestrebungen im Westen in Zusammenhang stand. Bacher zeigte sich jedenfalls sehr beeindruckt. Wer konnte wissen, ob nicht die französische Haltung vor Mainz und Mannheim oder Emmerich Preußen wieder mißtrauisch gemacht hatte und die Front der Verbündeten in naher Zukunft wieder festigen sollte? Weisungsgemäß ließ Meyerinck sogar eine solche Möglichkeit durchblicken. Ochs und Bacher wurden hellhörig. Um zu besänftigen, meinten sie, die Verhandlungen kämen in Kürze doch vorwärts; es bestünden Anzeichen dafür, daß auch in Paris das Mißtrauen von ehemals gewichen sei <sup>162</sup>.

Umgekehrt hegte auch Meyerinck geheime Befürchtungen hinsichtlich der Beschlüsse des Wohlfahrtsausschusses. Er hätte sie bestätigt gefunden, wären ihm die Äußerungen Merlins de Thionville, des Volksrepräsentanten bei der vor Mainz operierenden Armee, bekannt geworden. Er hielt engsten Kontakt mit Paris. Sein Urteil konnte darum zu denken geben. Alle Friedensbeteuerungen Preußens nannte er eitle Kunstgriffe. Der König, schrieb er an Bacher, müsse erst Mainz und den Mannheimer Brückenkopf aufgeben und alle Truppen zurückziehen, bevor Verhandlungen beginnen könnten. Nicht Frankreich, sondern Preußen befinde sich in einer kritischen Lage. Auch er, Merlin, wünsche den Frieden, aber erst dann, wenn das ganze linke Rheinufer erobert sei. Dahin ziele auch, so versicherte er ausdrücklich, der Wille seiner Regierung. Erst *in* Mainz sollten die Waffen niedergelegt werden <sup>163</sup>.

Merlin konnte so sprechen, weil ihm die Stimmung in der preussischen Armee bekannt war. Er hatte sich eines Spions bedient, eines der Revolution ergebenen Kreuznacher Bürgers namens Schmitt, der bei Biebrich aufgegriffen, Kalckreuth vorgeführt, von diesem aber wieder entlassen worden war. Als er nach vielen Abenteuern zu Merlin zurückkehrte, wußte er diesem genügend zu erzählen <sup>164</sup>. Die Folge war, daß Merlin jetzt alles daransetzte, die bei der Rhein- und Moselarmee aufgetretenen Schwierigkeiten im Lebensmittelnachschub zu beheben, um den Gegner zu zwingen,

<sup>161</sup> Der König an Möllendorff, 17. 11. 1794; Möllendorff an Meyerinck, 22. 11. 1794 (Pr. G. St. A.); Hardenberg an Meyerinck, 22. 11. 1794 (Kaulek, V, 17), Bacher an den W. F. Ausschuß, 27. 11. 1794 (Kaulek, V, 18 ff.).

<sup>162</sup> Meyerinck an Möllendorff, 29. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>163</sup> Merlin de Thionville an Bacher, 13 frimaire (3. 12. 1794), Kaulek V, 22.

<sup>164</sup> Merlin de Thionville an den W. F. Ausschuß, 14 frimaire (4. 12. 1794), Kaulek, V, 24; s. auch Sorel, Rev. hist., VI, 39 ff.

Frankreich um Frieden zu bitten<sup>165</sup>. Es sei leicht, meinte er, einen Keil zu treiben zwischen Preußen und der Koalition. Man müsse von Köln aus in Geldern einfallen, dann würde Möllendorff den Franzosen den Mittelrhein überlassen, um den Besitz im Norden zu behaupten. Rücksichtslose Ausnutzung der militärischen Vorteile, schneller Abschluß eines Separatfriedens hieß sein Programm. Auflösung der Koalition war ihm der sicherste Weg, zum endgültigen Ziele zu kommen, das in nichts anderem bestand, als an den Ufern des Rheins Europa den Frieden zu diktieren. Vorbedingung hierfür aber war, in den militärischen Anstrengungen jetzt nicht nachzulassen, sondern mit erhöhter Aktivität den Krieg fortzusetzen, Mainz und Mannheim also auf keinen Fall zu schonen. Er wußte: Michaud, Kléber, Desaix, Saint-Cyr und andere dachten wie er, und vom Wohlfahrtsausschuß erwartete er eine gleiche Entschlossenheit.

Bei diesem Ausschuß lagen auf französischer Seite fortan alle wichtigen Entscheidungen in der Friedensfrage. Vor allem nach einem am 24. August 1794 erlassenen Dekret des Nationalkonvents hatte er praktisch die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten selbständig übernommen<sup>166</sup>. Alle den Krieg wie den Frieden berührenden Aktionen waren hier konzentriert. Mitte Oktober hatte ein Dienstverteilungsplan Ordnung in die Bewältigung aller Aufgaben gebracht. Neben den planmäßigen Sachbearbeitern wurden gelegentlich auch erfahrene Männer zu Rate gezogen, die zum Teil wie etwa Bougoing noch aus den Tagen des Königtums stammten. In diesen Ausschuß wurden für jeweils vier Monate zwölf Mitglieder gewählt, dergestalt, daß er sich jedesmal Mitte des Monats zu einem Drittel erneuerte. Unter den schwierigsten Bedingungen hat dieser Ausschuß, in dem viele Männer von Einsicht und Talent saßen, wie Merlin de Douai, Boissy d'Anglas, Cambacérès, Fourcroy, Carnot, Sieyes, sich mit Fleiß und Hingabe der Aufgabe gewidmet, im Innern die Anarchie zu überwinden und unerachtet des Streites der Parteien nur der Größe des Vaterlandes zu dienen.

An diesen Ausschuß wurden die diplomatischen Berichte gesandt, und von ihm ergingen die Weisungen an die Vertreter und Agenten im Ausland. Keines seiner Mitglieder leitete das Auswärtige allein. Einzelnen oder mit einem Kollegen, je nach dem Auftrag

---

<sup>165</sup> Merlin de Thionville an den W. F. Ausschuß, 30 brumaire (20. 11) und 14 frimaire (4. 12. 1794) bei Kaulek, V, 10 und 24 ff., Sorel, Rev. hist., VI, 40: die Politik der Eroberung sei selten mit so viel Kühnheit manifestiert worden. Merlin de Thionville sei ihr wichtigster Initiator, Merlin de Douai ihr wirksamster Vollstrecker.

<sup>166</sup> Vgl. vor allem hierzu Sorel, Rev. hist., VI, 29 ff., dem ich i. a. folge.

des Ausschusses, wurden die Beziehungen zu dieser oder jener fremden Macht gepflegt. Vom Beginn der Basler Unterhandlungen bis zum 15 nivôse (4. 1. 1795) und dann wieder vom 3. Februar bis zum 3. Juni führte Merlin de Douai die sich auf Preußen beziehende Korrespondenz, zeitweise von Cambacérès, der am 5. November dem Ausschuß beitrug und vom 4. Januar bis zum 5. März sein Ressort betreute, und Reubell, der am 5. März in den Ausschuß gewählt wurde, unterstützt. Mit nur ganz kurzer Unterbrechung lag also die Leitung der sich auf Preußen beziehenden Angelegenheiten bei Merlin. Nimmt man hinzu, daß auch das mit der formellen Bearbeitung betraute Büro, die sogenannte zweite Abteilung, in dieser ganzen Zeit von einem Einzigen, dem aus Württemberg stammenden Reinhard, geleitet wurde, so ist die Geradlinigkeit der französischen Haltung gegenüber Preußen verständlich. Ohne Zweifel hat neben den Basler Unterhändlern vor allem Merlin den Gang der Verhandlungen bestimmt. Er war wohl im Winter 1794/95 überhaupt der bedeutendste Kopf des Ausschusses. Von umfassender Bildung und klarem Verstand, besaß er dazu die ganze Geschmeidigkeit des Diplomaten. Gingen alle Berichte bislang an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten, so wurden sie seit August an den Ausschuß selbst, das heißt an Merlin gerichtet. Er war, was Preußen betraf, von allen am besten unterrichtet, und er war es auch, von dem der Ausschuß einen Rechenschaftsbericht über die ihm obliegenden Arbeiten entgegenzunehmen pflegte, und schließlich war er es, der namens des Ausschusses in der Sitzung des Konvents vom 14 frimaire (4. 12.) über die immer häufiger auftretenden Friedensgerüchte eine amtliche Erklärung abgab<sup>167</sup>.

Merlin war auch nicht der Mann, der eine Einmischung Unberufener in sein Ressort widerspruchslos hinnahm. Als Bacher ihm berichtete, Merlin de Thionville habe eine Zusammenkunft mit Kalckreuth gehabt, mußte sich dieser eine ernste Rüge gefallen lassen. Es erscheine dem Ausschuß erstaunlich, ließ sich Merlin de Douai vernehmen, daß Merlin de Thionville einen feindlichen General um eine Zusammenkunft gebeten habe; noch erstaunlicher aber sei, daß er dem Ausschuß nichts davon mitgeteilt habe. Er erwarte daher ungeduldig seine Rückäußerung<sup>168</sup>. Eine ähnliche Zurechtweisung mußte sich auch Bacher einmal gefallen lassen, weil er Michaud über den Stand der Friedensbemühungen unterrichtet hatte. Allenfalls könne sich Bacher an die Volksrepräsentanten bei

<sup>167</sup> Kaulek, V, 28.

<sup>168</sup> Der W. F. Ausschuß an Merlin de Thionville, 5. 12. 1794 (Kaulek, V, 28).

den Armeen, niemals aber an die Oberbefehlshaber selbst wenden, hieß es in dem Reskript <sup>169</sup>.

Wer so schrieb, von dem war nur Unerbittlichkeit in den Verhandlungen zu gewärtigen. Es kam hinzu, daß er über die Möglichkeiten und Absichten der preußischen Heeresleitung gut unterrichtet war. Er wußte, daß Möllendorff auch vom rechten Rheinufer aus immer noch stark genug war, eines Tages wieder zur Offensive überzugehen <sup>170</sup>. Je dringender aber Preußen Verhandlungen anzuknüpfen wünschte, um so vorsichtiger mußte nach seinem Urteil der Ausschuß operieren, und nur mit um so wertvolleren Faustpfändern in der Hand durfte sich der Unterhändler der Republik an den Verhandlungstisch setzen. Mit anderen Worten: Frankreich sollte zögern, bis die am Niederrhein sich anbahnenden Erfolge gesichert waren. Entsprechend lautete daher die Antwort des Ausschusses, die auf Meyerincks Brief am 1. Dezember erging: Meyerinck habe sich nicht deutlich genug erklärt; er müsse erst weitere Einzelheiten mitteilen, bevor man in Paris eine Entscheidung treffe. Sollten seine Vorschläge aber von einiger Wichtigkeit sein, so werde man sie genauestens prüfen, und er möge sich alsbald zu weiteren Verhandlungen unmittelbar nach Paris begeben <sup>171</sup>. Drei Tage darauf wurde Bacher angewiesen, die Vorschläge anzuhören und, sofern sie der Würde der Republik entsprächen, sie mit Wohlwollen aufzunehmen. Dabei wurde jedoch schon kein Zweifel daran gelassen, daß man in Paris unter keinen Umständen auf Mainz zu verzichten bereit war, und Merlin de Thionville erhielt den eindeutigen Befehl, mit aller Energie die Belagerung der alten Reichsfeste zu betreiben.

Merlin und der Wohlfahrtsausschuß konnten diese Sprache führen, weil sie der großen Mehrheit des Konvents sicher waren. Es war nicht leicht, diese in ihren Stimmungen und politischen Konzeptionen keineswegs so homogene Versammlung für die Ziele des Ausschusses zu gewinnen. Immer noch gab es im Konvent eine Partei der ewigen Revolutionäre, die in der Fortsetzung des Krieges und in einer endlosen Kette von Eroberungen die Voraussetzungen ihrer eigenen politischen Existenz sahen. Ihnen gegenüber verlangten die Thermidorianer nach einem glorreichen Frieden.

<sup>169</sup> Dieser Brief wurde auch den o. a. Volksrepräsentanten zugestellt mit dem Hinweis, daß die Armee keine Kenntnis von der diplomatischen Lage der Republik gegenüber Preußen haben dürfe.

<sup>170</sup> Merlin de Thionville an Merlin de Douai, 4. 11. 1794; Sorel, *Rev. hist.*, VI, 35).

<sup>171</sup> Dat. vom 11 frimaire; Kaulek, V, 21; Otto, 36; s. auch W. F. Ausschuß an Barthélemy, 15 frimaire (Kaulek, IV, 465); an Bacher, 14 frimaire (Kaulek, V, 24); an Merlin de Thionville, 15 frimaire (Kaulek, V, 29).

Gemeinsam wiederum vertraten beide einen expansiven Nationalismus. In dieser Lage konnte der Ausschuß nur sehr vorsichtig operieren und mußte jede Verstimmung des Konvents vermeiden<sup>172</sup>. Er durfte weder die preußischen Anträge für bare Münze nehmen noch einen Schein von Nachgiebigkeit zeigen. Auf die Schwierigkeit dieses Lavierens hat Sorel nachdrücklich hingewiesen. Wie weit durfte der Ausschuß überhaupt gehen? War er befugt, geheime Verhandlungen einzuleiten, einen Waffenstillstand oder einen Frieden zu unterzeichnen? Aber geheim mußte doch alles vor sich gehen. Wollte der Ausschuß eine öffentliche Debatte vermeiden, so achteten vor allem die Jakobiner im Konvent eifersüchtig darauf, daß der Ausschuß seine Befugnisse nicht überschritt und in seinem Schoße nicht über Fragen verhandelte, die vor das Forum des Konvents gehörten. Der Ausschuß durfte dem Konvent darum keine unreife Frucht vorwerfen. Denn diese hätte eine Diskussion heraufbeschworen, die einer Unterhandlung mit Preußen mindestens sehr unzutraglich gewesen wäre. Er mußte also zögern, wenn er den von ihm selbst gewollten Frieden nicht gefährden wollte. Solange Schmerz in Basel weilte, war dieser Aufschub gerechtfertigt. Nachdem aber Meyerinck, mit Vollmachten versehen, eingetroffen, mußte der Ausschuß aus seiner Reserve hervortreten. Um aber unter allen Umständen vor dem Konvent bestehen zu können, verlangte er nunmehr von Meyerinck weitere Einzelheiten. Fielen sie günstig aus, war der Ausschuß zu Verhandlungen bereit, und er konnte sich ohne Gefahr dem Konvent stellen.

Es ist Merlins Verdienst, das Mißtrauen des Konvents gebannt und ihm die Sonderfriedenspolitik des Ausschusses nahegebracht zu haben. In einer großen Rede nahm er namens des Ausschusses im Konvent zu den Friedensgerüchten Stellung. Einen «Frieden um jeden Preis» rundweg verwerfend, beteuerte er den Entschluß der Republik, immer nur einen glorreichen Frieden zu wollen, der durch die eigene Kraft und die Ohnmacht der Feinde gesichert sei. Während er sich mit Zorn und Leidenschaft gegen England und Österreich wandte, sprach er über Preußen mit deutlich vernehmbarem Entgegenkommen. Ohne Zweifel werde Preußen erkennen, rief er der Versammlung zu, daß es in einem soliden Frieden mit Frankreich und in enger Verbindung mit den nordeuropäischen Staaten allein Dauer und Stärke finden könne. Nur so werde es imstande sein, sich gegen den alles verschlingenden russischen Ehrgeiz zur Wehr zu setzen. «Das französische Volk», fuhr er fort, das mit siegreicher, aber großmütiger Hand die Grenzen zieht, die

---

<sup>172</sup> Sorel, *Rev. hist.*, VI, 48 ff.



es für den Schutz des Landes als notwendig ansieht, wird keine Anerbietungen zurückweisen, die mit seinem Interesse und seiner Würde, mit seiner Ruhe und Sicherheit vereinbar sind.»

Der Konvent verstand diesen Ruf nach dem linken Rheinufer. Unter seinem Beifall hatte Merlin die alten Ziele aufs neue verkündet. In ungezählten Exemplaren wurde die Rede an die Armeen und alle Gemeinden des Landes verschickt. Damit hatte der Ausschuß den Rücken frei. Am Tage nach jener Konventsrede, am 5. Dezember, richtete der Ausschuß an Barthélemy eine Botschaft, die seine Verhandlungsbereitschaft bewies: «Der Augenblick der höchsten Aufmerksamkeit ist gekommen. Wir zählen auf deine Tatkraft, Weisheit und Umsicht.»

Wie in Frankreich, so drängte auch in Preußen die Entwicklung auf ein schnelles Vorwärtskommen der Gespräche. Die Kapitulation von Warschau, die Räumung des linken Rheinufer durch Möllendorff, die Kündigung des Subsidienvtrages, der Mainzer Friedensantrag, das dänische Vermittlungsangebot sowie die anhaltenden Waffenerfolge des Gegners empfahlen einen schnell fortschreitenden Verhandlungsgang. Es durfte nicht dazu kommen, daß das Reich und seine Stände den Frieden etwa aus den Händen einer anderen Macht entgegennahm, und zudem glaubte Meyerinck, daß sogar geheime englisch-französische Verhandlungen durch Mittelsleute geführt wurden <sup>173</sup>.

---

<sup>173</sup> Die Angelegenheit ist ziemlich mysteriös. So war Meyerinck am 29. November ein vermutlich aus der Feder eines Grafen v. Orset stammender Brief zugegangen. Orset hatte sich früher lange in Paris aufgehalten und konnte vielleicht als geheimer Unterhändler Englands gelten. Der Brief war an einen Pariser Bankier gerichtet, der im Auftrage seiner Regierung große Handelsoperationen vorzunehmen pflegte. Dieser Bankier hatte sich kurz vor Meyerincks Ankunft in Basel aufgehalten und wurde auch jetzt wieder dort erwartet. Aus dem Inhalt des Briefes «. . . Aus den öffentlichen Zeitungen habe ich mit wahrem Vergnügen gesehen, daß Ihnen von dem französischen Konvent aufgetragen worden, an einem Frieden mit dem deutschen Reich und mit Preußen zu arbeiten. Es ist mir außerordentlich lieb, daß diese ehrenvolle Unterhandlung einem Manne anvertraut worden, dessen Rechtschaffenheit und Talente hier bei uns ebensowohl als in seinem eigenen Lande gepriesen werden. Möchte doch Ihr Auftrag bis auf einen allgemeinen Frieden sich ausdehnen können! Von ganzem Herzen würde ich dazu behilflich sein und werde es wirklich sein, wenn Sie mir nur eine baldige und treffende Antwort zukommen lassen. . . » Der Brief ist nicht unterzeichnet. Der Absender sagt aber, der Empfänger werde ihn schon kennen. Er habe 1790/91 in Paris in der Rue St. Honoré gewohnt. Dort hatte aber auch der englische Gesandte Orset seinen Wohnsitz. Alles deutet auf Orset als den Verfasser dieses Briefes. Zudem trieb jener Bankier (namens Périgord oder auch Perregaux) die meisten Geschäfte mit England. Die nach Frankreich reisenden vornehmen Engländer wurden ihm fast durchwegs empfohlen. Er hatte beste Verbindungen zur

Hardenberg, von Meyerinck auf dem laufenden gehalten, hat noch vor dem offiziellen Bekanntwerden der französischen Verhandlungsbereitschaft eine Bilanz gezogen und sie zu einem eingehenden Bericht an das Ministerium geformt<sup>174</sup>. Danach stellte sich die Lage etwa folgendermaßen dar: Bachers private Äußerungen, denn etwas anderes waren sie nicht, spiegelten die immer zahlreicher aus Frankreich herüberdringenden Friedensäußerungen wider. Hardenberg neigte zu der Auffassung, daß man in Paris zu einem Frieden, vielleicht sogar mit Einschluß des Reiches oder wenigstens der vorderen Reichskreise bereit war. Als Hauptbedingung erwartete er die Anerkennung der Republik, vielleicht auch die Beibehaltung eines Restpolens. Nach Hardenbergs Ansicht kam es jetzt darauf an, zunächst einen Waffenstillstand abzuschließen und vor allem die Franzosen zum Verzicht auf weitere Unternehmungen gegen Mainz zu bewegen. Einzig und allein die französische Verhandlungsbereitschaft schien bis jetzt festzustehen. Trotz dieses recht spärlichen Ergebnisses hielt Hardenberg es für dringend geboten, den dünnen Faden nicht wieder abreißen zu lassen. Denn bis jetzt hatten alle Sondierungen dem Ansehen des Königs noch keinen Schaden zugefügt. Es kam jetzt nur darauf an, die glücklichsten Formulierungen zu finden. So mußte nach seinem Urteil ein Waffenstillstand das ganze Reichsgebiet umfassen und die Franzosen verpflichten, auch die Feindseligkeiten gegen Mainz und Mannheim einzustellen. Jetzt jedoch schon die Räumung der besetzten Gebiete zu verlangen, hielt er für verfrüht. Man habe viel gewonnen, meinte er, wenn nach dem Wortlaut eines Vertrages sie nicht mehr zu Kontributionen und sonstigen Leistungen herangezogen würden. Bezeichnend für Hardenbergs Auffassung war jedoch der Ausblick, mit dem er seinen Bericht beschloß: Meyerinck möge auf den Rückmarsch des Korps Hohenlohe hinweisen und erklären, die Armee würde sich einem weiteren feindlichen Vormarsch widersetzen. Das Reich würde noch ungeahnte Energien entfalten, falls Frankreich ungerechte und unmäßige Forderungen stelle.

Das war Hardenbergs wirkliche Sprache. Von allen Beratern der Krone hat er in der Krise von 1794/95 die entschiedenste Haltung gegenüber Frankreich eingenommen. Er hatte noch immer nicht die Hoffnung auf eine erneute Zusammenarbeit mit den Seemächten aufgegeben. Er war überzeugt, daß Preußen die Subsidien erhalten hätte, wenn *er* beauftragt worden wäre, mit Malmesbury zu verhandeln. Aus einem seiner Briefe an Haugwitz klingt deutlich die

englischen Oberschicht. Vgl. auch Meyerinck an Haugwitz, o. D., vermutlich 29. 11. 1794 mit Abschrift des obigen Briefes (Pr. G. St. A.).

<sup>174</sup> Hardenberg an das Ministerium, 28. 11. 1794 (Pr. G. St. A.).

Verbitterung darüber heraus, in dieser so wichtigen Frage übergangen worden zu sein. Waren aber Verhandlungen mit den Franzosen nicht mehr zu umgehen, so sollte seiner Ansicht nach Preußen sie im Bewußtsein seiner militärischen Stärke führen. Seine Informationen erhärteten seine Überzeugung, daß man den Franzosen gegenüber gar nicht so unterwürfig zu sein brauchte.

Unter den Akten befinden sich die Berichte eines ungenannten, vertrauten Freundes, der am 15. November in Basel eingetroffen war und im gleichen Hause wie Meyerinck Wohnung genommen hatte<sup>175</sup>. An der Gästetafel Bachers hatte er bald Gelegenheit, sich über die damals in Frankreich herrschende Stimmung zu unterrichten. In seinen Berichten entrollte er Hardenberg ein anschauliches Bild von dem Friedenswillen jenseits der Grenze. Die Franzosen hatten ihm versichert, daß sie vor allem aus innerpolitischen Gründen des Friedens bedürftigen – mit Spanien, Sardinien, Preußen, mit dem Reich, eventuell auch mit Holland, nicht aber mit Österreich und England. Preußen sei, so versicherten sie ihm, nur mit Widerstreben zu Felde gezogen. Sein König sei jetzt zwar noch der Feind Frankreichs, aber man wisse, daß er zu einem Sonderfrieden bereit sei.

Aber die Welt der Realitäten war vorerst doch härter, als die Gespräche an Bachers Tafelrunde erkennen ließen. Was hatte Meyerinck denn eigentlich schon erreicht? Bacher hatte zwar wiederholt an Michaud und den Wohlfahrtsausschuß geschrieben, aber derselbe Bacher hatte demselben General auch zu verstehen gegeben, daß nichts ihn hindere, Mörser vor Mannheim zu schleppen und die Stadt zu verbrennen, da Möllendorffs Drohungen im Grunde nichts anderes seien als «brandenburgische Prahlereien»<sup>176</sup>.

Das klang doch sehr bedenklich, und Meyerinck gab sich darum auch keinen Illusionen hin. Als er sich über die laufenden Requisitionen in den besetzten Territorien am Niederrhein beschwerte, berief sich Bacher kurzerhand auf das Kriegsrecht und lehnte ab, sich für die Schonung dieser Gebiete zu verwenden. Solche und ähnliche Antworten, die Meyerinck des öfteren zu hören bekam, bewiesen immer wieder die Fragwürdigkeit der französischen Äußerungen. Der Dezember war inzwischen ins Land gezogen, und mit

---

<sup>175</sup> Dieser Freund ist identisch mit dem von Sorel (Rev. hist., IV, 46) genannten Grafen von Luxburg, einem in preußischen Diensten stehenden Kammerherrn aus Zweibrücken. Er hatte die Aufgabe, Verbindung mit Barthélemy aufzunehmen, und begab sich von Basel aus nach Baden im Aargau. (Siehe auch Vivenot, Sachsen-Teschen, II, 2, 48.)

<sup>176</sup> Möllendorff an den König, 4. 12. 1794, und an Haugwitz, 12. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Bacher an Michaud, 3. 10. 1794 (Sorel, Rev. hist. V, 297).

dem Frieden war man noch immer nicht weiter gekommen. Immer noch wurden Mißtrauen und Argwohn aller Beteiligten geschickt überdeckt von den häufigen und splendiden Tischgesellschaften bei Forcart und Burckhardt. Während Meyerinck sich Klarheit zu verschaffen suchte, jagten in Basel sich die Gerüchte, nach denen Mainz täglich genommen, Mannheim bombardiert und der Rhein überschritten wurde, und schon hieß es, der neuernannte venetianische Gesandte in London, San Fermo, der sich gerade in Basel aufhielt, sei für einen Teilfrieden italienischer Fürsten tätig und Venedig hätte einem französischen Gesandten soeben das Agreement erteilt. Bacher wußte sogar von einer bevorstehenden Ausöhnung Frankreichs mit Spanien, und während man heute fest behauptete, die Gemäßigten säßen in Paris sicher im Sattel, hieß es morgen, dem Lande drohe eine neue Revolution und ein neuer Zusammenbruch<sup>177</sup>.

Da traf endlich die bereits dargelegte Antwort des Wohlfahrtsausschusses vom 4. Dezember in Basel ein<sup>178</sup>. Bacher war voller

---

<sup>177</sup> Bericht des Basler Freundes an Hardenberg, 4. 12. 1794 (Pr. G. St. A.). Luxburg hatte sich mehrmals mit schweizerischen Offizieren, die in österreichischen und holländischen Diensten gestanden, unterhalten. Als Kriegsgefangene waren sie auf ihr Ehrenwort, nicht mehr zu kämpfen, entlassen worden. Sie hatten die Champagne, Bourgogne und die Franche Comté durchzogen und schilderten nun das Elend in den düstersten Farben. Eine Not ohnegleichen hatte sich über die verwüsteten Dörfer gelegt. Die Lebensmittel wurden täglich knapper; Raub und Plünderung waren an der Tagesordnung. Allmorgendlich waren an Straßenecken, Kirchen, öffentlichen Plätzen usw. die gehässigsten Pamphlete gegen die sinnlose Dauer des Krieges zu lesen. Alles drängte nach einer klärenden Entscheidung. Offenbar neigte nun auch der Konvent in seiner Mehrheit der gemäßigten Richtung zu. – Mit dieser Darstellung stimmten auch die Berichte zweier aus Paris zurückgekehrter Dänen und zweier Hamburger überein. (5. Bericht vom 8. 12. 1794, Pr. G. St. A.) Auch sie bestätigten den Wandel in Paris. Reichtum, Luxus, Verschwendung gewannen wieder die Oberhand. In der Gesellschaft wurde alles vermieden, was auf einen Jakobiner schließen lassen konnte. Man nannte sich wieder wie ehemals und hörte kaum noch den *citoyen*. Schon glaubten viel an die Wiederkehr eines – konstitutionellen – Königtums. Auf der anderen Seite dehnte sich auch das Elend in Paris aus. Nach einer Mißernte drohte der Hunger. Die Handelsbeziehungen lagen darnieder. Das Papiergeld war wertlos. Schon sprachen die Besserwisser von einem neuen Umsturz. Schon hieß es, Rußland wolle im Frühjahr in den Krieg eintreten und Wien die Mainzer Friedensvorschläge öffentlich mißbilligen, ja sogar im Reich eine *levée en masse* organisieren. Wie leicht konnte da ein weiterer Feldzug für Frankreich unglücklich verlaufen! Wie sehr konnte man versucht sein, ihn zu verhindern!

<sup>178</sup> Der W. F. Ausschuß an Bacher, 14 frimaire III (4. 12. 1794), Kaulek, V, 24. Vgl. auch Meyerinck an Möllendorff, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.) sowie den Bericht des Rittmeisters Gresselsberg an den Herzog von Sachsen-Teschen, Basel, 22. 11. 1794 (Vivenot, II, 2, 49).

Hoffnung: es gebe in Paris nur *eine* Meinung und diese verlange, sich mit Preußen zu versöhnen, behauptete er. Was Mainz betreffe, fügte er beschwichtigend hinzu, so habe man in Paris wohl nicht recht die Tragweite der eigenen Entschlüsse erkannt. Er suchte Meyerincks Enttäuschung hinsichtlich dieses Punktes zu entkräften und die Haltung des Ausschusses nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Die Republik habe die alten Formen der Diplomatie verbannt und sich für das einfachste Verfahren entschieden. Zwar habe man in Paris Verständnis für den preußischen Wunsch, mit einem Gefangenenaustausch zu beginnen und dann die Neutralisierung von Mainz und den Waffenstillstand folgen zu lassen. Aber der Ausschuß möchte nicht mit nebensächlichen Maßnahmen beginnen, sondern sogleich das Hauptziel ansteuern. Er wünsche daher, an Ort und Stelle mit dem Bevollmächtigten des Königs alle Vorurteile zu beseitigen, und dazu bedürfe es weiterer Formalitäten nicht, sondern nur eines eigens ernannten Unterhändlers, der vom allgemeinen Vertrauen getragen sei <sup>179</sup>.

Aber Beteuerungen dieser Art vermochten Meyerinck nicht zu beruhigen. Mainz lautete das vordergründige Problem, und das mußte zuerst geklärt werden. Auf Meyerincks wiederholte Vorstellungen ließ sich Bacher schließlich herbei, nach Paris und an den General Michaud die Bitte zu richten, den Angriff auf die Feste solange zu unterlassen, bis Meyerinck aus Berlin die Erlaubnis erhalten habe, zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Paris zu reisen <sup>180</sup>. In seiner Note erinnerte Bacher daran, daß Mainz *Reichsfeste* sei und Möllendorff erst mit der Einleitung der Friedensverhandlungen eine Handhabe für einen ehrenvollen Rückzug aus der Festung besitze. Bis dahin aber verlange der preußische Feldherr die Neutralisierung des Platzes, der alsdann kein Ruinenfeld, sondern ein Ort des Ausgleichs aller Streitenden werde.

Da weder Meyerinck noch Möllendorff imstande waren, konkrete Friedensvorschläge zu machen, begab sich Harnier am 13. Dezember zur Berichterstattung nach Berlin. Hardenberg, den er auf dieser Reise in Frankfurt aufsuchte, war von dem Stand der Dinge tief enttäuscht. Daß die Franzosen keinen sofortigen Waffenstillstand gewährten und mit ihren Friedensbedingungen noch nicht hervortraten, ließ ihn befürchten, daß sie unter der Hand auch mit anderen Mächten verhandelten und bewußt Zeit zu gewinnen suchten. Er hatte Grund zu dieser Skepsis. Am 8. Dezember hatte Luxburg ihm die in Paris am meisten genannten Artikel eines künf-

---

<sup>179</sup> Meyerinck an Haugwitz, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>180</sup> Bacher an den W. F. Ausschuß, 9. 12. 1794 (Kaulek, V, 29).

tigen Friedens übermittelt <sup>181</sup>. Danach sollten alle rechtsrheinischen Eroberungen zurückgegeben werden; die Statthalterfamilie sollte abdizieren, die Republik von den Kriegführenden anerkannt werden. Frankreich wollte dagegen dem pfälzischen Hause den Besitz ganz Bayerns garantieren. Als wichtigste Bestimmung aber wurde genannt, daß die linksrheinischen Gebiete auch nach Kriegsende bei Frankreich verbleiben sollten. Auf Grund dieser ungünstigen Nachrichten legte Hardenberg in einem Bericht an den König vom 13. Dezember diesem die Erwägung nahe, ob nicht ein blitzschnell mit aller Kraft geführter Schlag doch noch Wunder wirke und der gemäßigten Partei in Paris den Rücken stärke <sup>182</sup>. Ähnlich sprach er sich auch gegen Haugwitz aus. Er halte, schrieb er, im Augenblick eine Allianz mit Frankreich für die größte Perfidie, die zudem alle übrigen Mächte gegen Preußen vereinigen müßte. Das sicherste Mittel, den Feind von Mainz und Mannheim zu verjagen, sei immer noch ein militärischer Schlag. Dazu aber seien Eintracht und Energie vonnöten statt Mißtrauen und Verärgerung. Man hätte den Feind bekriegen sollen, statt mit den Seemächten zu streiten, und Preußen hätte sich die Feindschaft Rußlands erspart.

Aber wie wir sahen, waren die Entschlüsse des Königs bereits gefaßt, als Hardenbergs Briefe vorlagen und Harnier in Berlin eintraf. Es bedurfte weder eines erneuten Drängens des Hauptquartiers, noch waren die Vorstellungen Hardenbergs dazu angetan, die Bevollmächtigung des franzosenfreundlichen Grafen v. d. Goltz zu widerrufen. Seine Ernennung war für viele ein Unterpfand der aufrichtigen Friedensbereitschaft Preußens.

Mit dem Eintreffen der erwähnten Note des Wohlfahrtsausschusses in Basel schien das Friedensgeschäft konkrete Gestalt anzunehmen. In einer Zuschrift an Bacher dementierte der Ausschuß kategorisch die Gerüchte, wonach die bisherigen Demarchen Preußens abgelehnt worden seien <sup>183</sup>. Es sah fast so aus, als habe Frankreich es jetzt plötzlich ziemlich eilig. An Stelle der gewaltsamen Wegnahme von Mainz wollte man sich in Paris jetzt damit begnügen, daß die Stadt den Franzosen provisorisch übergeben werde, um sie alsdann als neutral zu behandeln, bis der Friede sie endgültig der Republik

<sup>181</sup> Hardenberg an Haugwitz, 13. 12. 1794; Bericht Luxburgs aus Basel, 8. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>182</sup> Hardenberg an Haugwitz und an den König, 13. 12. 1794 (Pr. G. St. A.).

<sup>183</sup> Der W. F. Ausschuß an Bacher, 20 frimaire (10. 12. 1794), Kaulek, V, 31. Grouvelle hatte wissen wollen, daß Frankreich die preußischen Eröffnungen verworfen habe! Er wurde am gleichen Tage zu einem entschiedenen Dementi ermächtigt.

zuspreche<sup>184</sup>. Jetzt konnte doch wenigstens über Mainz verhandelt werden, und zwar nicht zwischen Merlin de Thionville und Möllendorff, sondern zwischen dem Ausschuß und den preußischen Unterhändlern. Ein triumphaler Einzug in die Reichsfeste war offenbar vielen nicht mehr so wichtig wie eine Handelsverbindung mit Frankfurt und anderen Teilen des Reiches, die über Mainz leicht herzustellen war. Daß es dem Ausschuß ernst war, mit Preußen ins Gespräch zu kommen, bewies auch die Skizze, die er dem Gesandten Barthélemy von den bisherigen Sondierungen unterm 5. Dezember zugehen ließ<sup>185</sup>. Barthélemy wurde davon unterrichtet, daß man von Meyerinck zunächst weitere Einzelheiten erbeten, am 4. Dezember sich aber grundsätzlich bereit erklärt habe, die Vorschläge anzunehmen, falls die Würde Frankreichs es zuließ. Es wurde ihm auch schon bedeutet, sich nach Basel zu begeben, sobald der König von Preußen dorthin einen Bevollmächtigten entsandt habe. Von Bacher wärmstens empfohlen, begab sich Meyerinck seinerseits nach Baden im Aargau, um am 24. Dezember dem Gesandten Barthélemy seine Aufwartung zu machen<sup>186</sup>.

Von Barthélemy konnte jeder preußische Unterhändler ein gewisses Entgegenkommen erhoffen. Diesen Eindruck hatte auch Graf Luxburg am 28. November bei seinem Besuch in Baden gewonnen<sup>187</sup>. Nach dessen Wahrnehmungen stand Barthélemy der Gruppe nahe, die, auf alle Eroberungen verzichtend, in der Beibehaltung der alten Grenzen die vernünftigste Lösung sahen. Denn er hielt die Republik noch nicht für genügend in sich gefestigt, um eine Million fremdstämmiger Bürger in sich aufzunehmen. Aber er war sich bewußt, daß Ausschuß und Konvent anders dachten, und den Erklärungen preußischer Aufrichtigkeit, mit denen Meyerinck nicht sparte, begegnete er mit dem gesunden Mißtrauen

<sup>184</sup> Der W. F. Ausschuß an Bacher, 15. 12. 1794 bei Kaulek, V, 32; s. auch Bacher an Meyerinck, 20. 12. 1794 ebendort.

<sup>185</sup> Der W. F. Ausschuß an Barthélemy, 5. 12. 1794; diesen Brief sandte Meyerinck abschriftlich am 17. 12. 1794 an Haugwitz (Pr. G. St. A.).

<sup>186</sup> Bacher an Barthélemy, 1 nivôse (21. 12. 1794) bei Kaulek, V, 34. Daß es bereits im November in Baden im Aargau zu vorbereitenden Konferenzen zwischen Barthélemy und Meyerinck gekommen sein soll, geht aus den mir vorliegenden Urkunden nicht hervor. Krauel, der sich seinerseits (Prinz Heinrich, 75) auf Vivenot stützt (Sachsen-Teschen, II, 2, 49), berichtet freilich darüber. Dabei habe Barthélemy dem Major von Meyerinck erklärt, die Republik würde nur mit einem ordnungsgemäß bevollmächtigten preußischen Minister verhandeln. Prinz Heinrich wäre ihr für diesen Auftrag am angenehmsten.

<sup>187</sup> 3. Bericht Luxburgs an Hardenberg, Baden, 28. 11. 1794 (Pr. G. St. A.). Aus dieser Unterhaltung und Sorels Darstellung (Rev. hist., VI, 47) sowie den mir vorliegenden Berliner Akten ist die Identität des «Basler Freundes» mit dem Grafen Luxburg zu entnehmen.

des Diplomaten. Die Mitte haltend zwischen der Heftigkeit Merlins de Thionville und dem zur Schau getragenen Vertrauen Bachers, sprach auch er damals in einem Brief an den Ausschuß von der Doppelzüngigkeit der preußischen Politik<sup>188</sup>. Aber er ging doch nicht so weit wie der Volksrepräsentant Féraud, der dem Ausschuß riet, einen Vertreter zu entsenden, der Preußen in erster Linie als einen Militärstaat kenne.

Mit der Ernennung Barthélemys zum Verhandlungsbevollmächtigten lag die Führung der Aktion bei ihm. Bacher sollte ihm beratend zur Seite stehen<sup>189</sup>. Auch er besaß das Vertrauen der Pariser Regierung in hohem Maße, und wurde er verdächtigt, so stellte sich der Ausschuß schützend vor ihn. Denn wenn er auch etwas schwatzhaft war, wie Merlin de Douai einmal schrieb, so war er es nur aus Eitelkeit, und es lag kein Anlaß vor, ihm zu mißtrauen<sup>190</sup>. Die Voraussetzungen waren geschaffen. Die eigentlichen Verhandlungen konnten nunmehr beginnen.

---

<sup>188</sup> Der zu der Armee vor Mainz entsandte Volksrepräsentant Féraud stimmte in der Heftigkeit seiner Ansichten mit Merlin de Thionville überein. Bacher hatte nicht sein Vertrauen, schreibt er, er schein eine Kreatur Möllendorffs zu sein und werde eines Tages noch impertinent mit dem Grimm des preußischen Feldmarschalls drohen. (Vgl. Barthélemy an den W. F. Ausschuß, 17. 12. 1794 (Sorel, Rev. hist. VI, 60).

<sup>189</sup> Kaulek, V, 47.

<sup>190</sup> Sorel, Rev. hist., VI, 61.